

---

## **Ausschuss für Umweltschutz Düsseldorf**

Sitzung am Dienstag, 15. November 2016 um 15:00 Uhr

Antrag:

Punkt 4a. Vorlage 19/81/2016

Antrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP:

NRW Pilotversuch der Section-Control-Technik unter besonderer Berücksichtigung von Lärmschutzaspekten

---

Zitat: RP: Arne Lieb, 16. November 2016

Düsseldorf. Die Stadt Düsseldorf bewirbt sich darum, dass ein Stück der A46 zur Teststrecke für "Section Control" wird, also für das neue Verfahren, bei dem das Tempolimit nicht nur an einem Punkt kontrolliert, sondern auf einem längeren Abschnitt überwacht wird.

Der Umweltausschuss beschloss einstimmig, dass die Stadtverwaltung der Landesregierung das Teilstück von der Anschlussstelle Düsseldorf-Süd und dem bereits installierten Blitzer an der Fleher Brücke für den Pilotversuch in NRW vorschlagen soll. "Wir versprechen uns davon viel für den Lärmschutz und die Unfallvermeidung", sagt Ursula Holtmann-Schnieder (SPD).

Die Abschnittskontrolle wird derzeit in einem Modellversuch in Niedersachsen ausprobiert. Auch NRW hat Interesse bekundet. In dem Pilotprojekt wird das Tempolimit auf einem drei Kilometer langen Abschnitt einer Landstraße gemessen. Wer am Ende im Durchschnitt über der Höchstgeschwindigkeit liegt, muss zahlen. Die Befürworter argumentieren, dass die Technik mehr bringt als herkömmliche Blitzer, auf die sich Raser einstellen können.

Die Kommunalpolitiker unterstützen das Projekt zwar - der gemeinsame Antrag kam von CDU, SPD, Grünen und FDP -, äußerten im Umweltausschuss aber Sorgen wegen des Datenschutzes. Sie wollen geklärt wissen, dass die Daten nur für den eigentlichen Zweck genutzt und sofort gelöscht werden.

Die Fleher Bürger-Interessengemeinschaft regt an, dass die überwachte Strecke über die Fleher Brücke bis nach Neuss verlängert werden sollte. Sonst drohe eine Zunahme des Lärms am Düsseldorfer Ende der Brücke, da dort Autofahrer nach Ende der Kontrolle beschleunigen und zudem das Tempolimit von 80 auf 120 Kilometer pro Stunde erhöht wird. Zitat Ende

---

Zitat: WDR-Nachrichten, 11. November 2016

### **Streckenradar auf A46 soll kommen**

Auf der A46 soll nach dem Willen der Düsseldorfer Lokalpolitik ein neues Geschwindigkeits-Messsystem getestet werden. Am kommenden Dienstag (15.11.2016) will der Umweltausschuss über

das Thema diskutieren.

Bei dem "Section Control"-Verfahren wird die Geschwindigkeit von Autos nicht an einem bestimmten Punkt gemessen, sondern als Durchschnittswert für eine längere Strecke ermittelt. Auf dem rund sechs Kilometer langen Autobahnabschnitt, zwischen Düsseldorf-Holthausen und der Fleher Brücke, sollen an mehreren Stellen Messpunkte eingerichtet werden.

Harte Zeiten für Temposünder

So kann die durchschnittliche Geschwindigkeit der Fahrzeuge errechnet werden. Wer zu schnell unterwegs ist, wird zur Kasse gebeten. Die Politiker hoffen, dass dadurch weniger Unfälle passieren und der Lärm reduziert wird. Bevor das System installiert wird, muss das Land grünes Licht geben. Der Düsseldorfer Umweltausschuss wird sich am Dienstag (15.11.2016) mit dem Antrag von SPD, Grünen und FDP befassen.

Erster Pilotversuch in Niedersachsen

Der bundesweit erste Pilotversuch mit dem "Section Control"-System sollte ursprünglich im Herbst 2015 in Niedersachsen starten. Aus Datenschutzbedenken wurde der Start des Testbetriebs dann jedoch auf 2016 verschoben. Im Herbst soll jetzt auch die bereits aufgestellte Anlage auf der B6 bei Hannover scharf gestellt werden.

Datenschützer kritisieren das Radarsystem

Die Niederlande, Italien, Österreich und die Schweiz machen dem Düsseldorfer Ministerium zufolge seit Jahren positive Erfahrungen mit der Abschnittskontrolle. Dort ist die Kennzeichen-Erfassung datenschutzrechtlich kein Problem, in Deutschland dagegen muss ein Schritt zwischengeschaltet werden: Jedes Fahrzeug wird hier zunächst verschlüsselt erfasst. Erst wenn die so ermittelte Durchschnittsgeschwindigkeit über dem Tempolimit liegt, wird ein weiteres, klassisches Blitzer-Foto mit dem Gesicht des Fahrers angefertigt. Zitat Ende

---

Zitat: Gewerkschaft der Polizei Nordrhein-Westfalen (GdP), 04. August 2016

## Pressemitteilung

### Einführung von Section Control in NRW ist überfällig

**Düsseldorf.** Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei NRW (GdP) ist die Einführung von Section Control in NRW überfällig und darf nicht durch den reflexhaften Verweis auf einen angeblichen Generalverdacht verhindert werden. „Gegenüber den Opfern von schweren Verkehrsunfällen ist der Verweis auf den Datenschutz der Autofahrer zynisch,“ so der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens, der den Vorwurf, durch die Technik würden Autofahrer unter Generalverdacht gestellt, entschieden zurückweist: „Das Bundesverwaltungsgericht hat diesen Vorwurf bereits für die technisch weit weniger sichere Kennzeichenerfassung zur Strafverfolgung in Bayern klar verneint. Das muss auch die Landespolitik in NRW zur Kenntnis nehmen.“

Bei der aktuellen Gerätegeneration zur Geschwindigkeitsüberwachung, ist die Erfassung persönlicher Daten von unbescholtenen Autofahrern nach Überzeugung der GdP technisch so gut wie ausgeschlossen. Zur Geschwindigkeitsmessung wird lediglich ein verschlüsseltes Bild der unteren Heckpartie des Fahrzeugs genutzt. Mit diesen Daten, die zudem sofort nach einer regelkonformen Durchfahrt gelöscht werden, ist ein Rückschluss auf Halter oder Fahrer des Fahrzeugs nicht möglich. Erst wenn ein Verstoß festgestellt wird, werden die Daten entschlüsselt und mit einem herkömmlichen „Blitzerfoto“, das Nummernschild und Fahrer erkennen lässt, verknüpft.

Ganz überraschend kommt der Vorstoß von Innenminister Jäger nach Ansicht der GdP zudem nicht: Bereits das Anfang des Jahres von Verkehrsminister Groschek vorgestellte

Verkehrssicherheitsprogramm für NRW, enthält eine deutliche Absichtserklärung zur Nutzung von Section Control. Vor diesem Hintergrund ist es nach Ansicht der GdP nicht nachvollziehbar, wieso Jägers Vorschläge zur konkreten Umsetzung dieser Absichtserklärung in ersten politischen Reaktionen jetzt als Schnellschuss abqualifiziert werden.

„Die Erfahrungen im Ausland zeigen, dass mit dieser Technik eine deutliche Reduzierung der Verkehrsunfallopfer möglich ist. Deshalb ist es richtig, wenn jetzt endlich konkrete Schritte zur Einführung erfolgen.“, so Mertens, der die Politik ausdrücklich vor doppelten Maßstäben warnt: „Bei der kürzlich aufgrund des Drucks vor allem der Grünen beschlossenen Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizisten, will die Landesregierung das Argument, dass hierdurch Polizisten unter Generalverdacht gestellt werden, ausdrücklich nicht gelten lassen.“ Mertens weiter: „Wenn die gleichen Politiker jetzt mit dem Verweis auf das angebliche Risiko eines Generalverdachts gegenüber Autofahrern die Nutzung von Section Control ablehnen, ist das unglaublich.“ Zitat Ende